

Lektion für die Troika

Die Beispiele Griechenland und Portugal beweisen: Austeritätspolitik ist keine Medizin und wird von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt

Rainer Rupp

Am Donnerstag legte ein Generalstreik große Teile von Griechenland lahm. Er wurde von massiven Protesten einstiger Unterstützer gegen die Regierung von Alexis Tsipras begleitet. Diese Tatsache dürfte der »Troika« (die »Geldgeber« von EU, Europäischer Zentralbank und Internationalen Währungsfonds) Stoff zum Nachdenken gegeben haben: Ja, es ist möglich, Politik gegen den Willen des Volkes zu machen. Demokratisch gewählte Regierungsmitglieder werden vor die Alternative gestellt, entweder ihre Wahlversprechen zu erfüllen (Widerstand gegen das Brüsseler und Berliner Diktat) und damit auch den angedrohten sofortigen Ruin des Staates sowie den Absturz der Wirtschaft und des Sozialwesens in Kauf zu nehmen. Oder sie müssen kuschen und das tun, was Brüssel bzw. Berlin verlangt. Nach einem Wochenende massiver Beeinflussung in der belgischen Hauptstadt hatte sich Ministerpräsident Tsipras im Sommer für ein neues EU-Finanzprogramm entschieden. Und das trotz des zuvor per Volksabstimmung ermittelten überwältigenden »Nein« der griechischen Bevölkerung zu diesem Kurs.

Die neue, nun stark von der Troika bestimmte Politik der Regierung bringt für die Masse der Griechen noch mehr Entbehrungen. Doch anders als in Brüssel erhofft, haben sich die Menschen nicht orientierungslos und still in ihr Schicksal gefügt. Vielmehr haben sie mit ihren Protesten während des Generalstreiks am Donnerstag gezeigt, dass sie noch wütender sind als zuvor. Für Empörung bei der EU-Lenkern sorgte der Umstand, dass die Forderung der Demonstranten nach einem Ende der Sozialkürzungen sogar von Mitgliedern der Regierung unterstützt wurden. So instabil ist die Lage in dem Land.

Auch das Kalkül, mit Blick auf die Wahlchancen linker Kräfte in Portugal und Spanien ein Exempel an Griechenland zu statuieren, ist zumindest in Portugal nicht aufgegangen. Dort haben bei den Parlamentswahlen Anfang Oktober drei linke Parteien eine deutliche Mehrheit erreicht, obwohl die amtierende Regierung von Berlin und Brüssel stets als Musterbeispiel für erfolgreiche Austeritätspolitik gelobt worden war.

Nach vier Jahren unter dem »Spardiktat« war die portugiesische Wirtschaft scheinbar auf dem Weg der Besserung. Dabei hatte sich seit 2008 die Staatsverschuldung (gemessen als Anteil an der Wirtschaftsleistung; BIP) fast verdoppelt und lag 2014 bei 126 Prozent. Nach der Unterzeichnung des 78 Milliarden Euro schweren, sogenannten Rettungspakets durch Lissabon, hatte die von der Troika verordnete »Sparpolitik« die Tagesordnung der konservativen Regierungskoalition bestimmt. Die öffentlichen Ausgaben wurden gekürzt und alle nur möglichen Steuern erhöht sowie öffentliche Vermögenswerte wie Betriebe und Versorgungsunternehmen privatisiert.

Zugleich wurden die Löhne und Gehälter großer Teile der Beschäftigten auf das Existenzminimum oder darunter gekürzt. Der monatliche Mindestlohn wurde auf 500 Euro abgesenkt. Dabei liegt die Durchschnittsmiete für einfache Wohnungen bei 250 Euro plus 50 Euro für Wasser und Elektrizität. Da bleiben

für eine vierköpfige Familie nur noch 200 Euro im Monat zum Leben. Dabei ist anzumerken, dass als eine weitere Bedingung der Troika die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent angehoben wurde.

Dafür sei nun die portugiesische Wirtschaft viel schlanker und effizienter, tönnte es stolz aus Brüssel. Das öffentliche Defizit sank von elf Prozent im Jahr 2011 auf aktuell drei Prozent. Und – noch viel wichtiger – die amtlich registrierte Arbeitslosigkeit fiel, von Monat zu Monat immer weiter, bis auf unter 14 Prozent. Der Beweis für die Wirksamkeit der Troika-Medizin war angeblich erbracht. Dann aber brach das Lügengebäude ein: Das staatliche Statistikamt in Lissabon musste bekennen, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit – im »erweiterten Sinn« – bei rund 22 Prozent lag. Wie die *Deutsche Welle* am 28. April berichtete, hatte die portugiesische Regierung die Zahlen geschönt, um die Institutionen (d. h. die Troika) zu beglücken.

Nach dem gescheiterten kalten Putschversuch von Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva, der trotz des Wahlsiegs der Linksparteien deren Regierungsbildung mit der Begründung verhindern wollte, »keine falschen Signale an die Finanzmärkte zu senden«, soll nun Portugal von einer Koalition aus Sozialisten (PS), dem Linken Block und den Kommunisten regiert werden. Viel wird davon abhängen, wie »radikal« das Regierungsprogramm dieser Koalition sein wird und ob es ihr gelingt, die starken ideologischen Differenzen untereinander dem Kampf gegen die Troika unterzuordnen. In Chapel Hill, North Carolina, USA, steht das Forschungsinstitut European Union Center of Excellence, das systematisch alle 268 politischen Parteien aller EU-Länder auf ihre ideologische Orientierung untersucht. Demnach liegen – von links außen gesehen – die portugiesischen Kommunisten auf dem vierten Platz, der Linke Block auf dem achten und die PS auf dem 122. Platz, also ziemlich in der Mitte des EU-Spektrums.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-14/039.php>